

Die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu kulturpolitischen Leitlinien (Vorlagen-Nummer: V/2010/08698) hat ergeben, dass die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Entwurfs für Leitlinien zur Kulturpolitik befasst ist, der ab Oktober 2010 dem Stadtrat zur Beratung vorgelegt werden soll.

Ich frage:

- 1) An welchen inhaltlichen Schwerpunkten/Prioritäten orientiert sich die Verwaltung bei der Erarbeitung der kulturpolitischen Leitlinien?
- 2) Welcher Stellenwert wird in diesem Zusammenhang der freien Kulturszene eingeräumt?
- 3) Wie und in welchem Umfang sollen a) die Kunst- und Kulturschaffenden, b) Bürgerinnen und Bürger, c) Stadträtinnen und Stadträte in die Erarbeitung des Entwurfs eingebunden werden?

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Die kulturpolitischen Leitlinien werden eingebunden in den gegenwärtig geführten kommunalpolitischen Strategiedialog der Stadt Halle erarbeitet.

Als programmatisches Credo steht die Trinität von Basis- und Hochkultur verknüpft mit der Vision der Stadt Halle von Morgen.

Es geht dabei insbesondere um die Ausprägung von Besonderheiten, Originalität und Alleinstellungsmerkmalen der Kultur und Kunst in Halle, die in dieser Form in anderen Städten nicht zu finden sind.

Kulturpolitik auf kommunaler Ebene gestaltet die Rahmenbedingungen für ein zukunftsorientiertes kulturelles Leben einerseits und führt andererseits die kulturellen Traditionen der Stadt Halle an der Saale fort.

Dieser öffentliche Kulturauftrag mit den erforderlichen Investitionen in kulturelle Bildung und kommunale Kulturarbeit wird auch vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher und ökonomischer Herausforderungen nicht storniert. Der mit Bildung der Händel-Haus-Stiftung und der Theater-Oper und Orchester-GmbH eingeleitete Umgestaltungs- und Konzentrationsprozess ist mit Augenmaß weiterzuführen, um die Strukturen im Kulturbereich effizienter, der demografischen Entwicklung Rechnung tragend, und damit vor allem zukunftssicher zu gestalten.

Zu 2.

Kulturelles Flair, Lebendigkeit und Vielfalt des städtischen Lebens, das Halle insbesondere für junge Leute attraktiv macht, ist wesentlich durch die Präsenz der kreativen freien Kulturszene bestimmt. Sie entspricht dem Bedarf breiter Bevölkerungsschichten nach vielfältigen, auch alternativen Kultur- und Freizeitangeboten. Die Freien sind in hohem Maße mitverantwortlich für die kulturelle Sozialisation von Kindern und Jugendlichen unserer Stadt. Wo diese nicht stattfindet, ist auch die Hochkultur nicht lebensfähig.

Anknüpfend an die Erfahrungen bei der erfolgreichen Ausrichtung des internationalen Festivals »Theater der Welt 2008« hat sich die Stadt Halle als Austragungsort für das Theaterfestival der freien Szene »Politik im Freien Theater« im Jahr 2011 beworben. Die spannende freie Theaterszene der Stadt kann damit in einen überregionalen Focus gerückt und Halle als »Bühne« würde erneut deutschlandweite Wahrnehmung erfahren.

Zu 3.

Ab Oktober 2010 soll der von der Verwaltung erarbeitete Entwurf der Leitlinien zunächst den Gremien des Stadtrats zur Beratung vorgelegt werden.

Parallel sollte dazu eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Künstlern, Bürgerinnen und Bürgern Kommunalpolitikern diesen Entwurf diskutieren und Ergänzungs- und Überarbeitungsvorschläge einbringen.

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung zu den Fragen 1 und 3 nicht einverstanden und ging auf die Antwort zu Frage 3 näher ein.

Ihres Erachtens sei die Gründung einer Arbeitsgruppe nicht Sinn einer Bürgerbeteiligung. Die Bürger müssen vor Erarbeitung einer Vorlage in den Prozess eingebunden werden.

Frau Brock bat darum, über die Verfahrensweise der Einbeziehung von Künstlern und Bürgern in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses zu beraten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sie der Auffassung von Frau Brock hinsichtlich der Bürgerbeteiligung nicht zustimmen könne. Die Verwaltung habe eine Vorlage zu erarbeiten und dem Stadtrat einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten. An dieser Stelle könne sie empfehlen, bestimmte Künstlergruppen und die Bürger in die Thematik einzubeziehen. Anschließend werde über die Vorlage in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert und darüber abgestimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass sie diese Verfahrensweise auch weiterhin beibehalten werde.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.